

Briefwechsel mit dem Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands wegen der *Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angesichts der Debatte um die „Boycott, Divestment and Sanctions“- Bewegung (BDS) vom 29. 2. 2020*

Der Beschluss findet sich hier:

<https://www.ekd.de/stellungnahme-rat-der-ekd-debatte-bds-bewegung-53837.htm>

Im Folgenden:

- Mein Schreiben an den Ratsvorsitzenden der EKD vom 27. 3. 2020
- Antwort von Herr Oberkirchenrat Dr. Martin Hauger vom 17. 4. 2020 im Auftrag des Rats der EKD
- Mein Schreiben an Herrn Dr. Hauger vom 24. 4. 2020

27. März 2020

An den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland
z. Hd. des Vorsitzenden Prof. Dr. H. Bedford-Strohm

Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

per e-mail: rv@ekd.de, landesbischof@elkb.de, info@ekd.de

Betr.: Stellungnahme des Rats der EKD zu BDS vom 29. 2. 2020

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender Prof. Bedford-Strohm, sehr geehrte Damen und Herren,
mit großem Unbehagen habe ich die obengenannte Stellungnahme gelesen.

Die wesentlichen sachlichen Kritikpunkte an dieser Stellungnahme haben Ihnen bereits andere geschrieben, u. a. das Kairos-Palästina Solidaritätsnetz in seinem Schreiben vom 23. 3. 2020. Ergänzend möchte ich Ihnen noch ein paar persönliche Worte zu dieser Angelegenheit zur Kenntnis bringen.

1) Antisemitismus

Sie behaupten, BDS-Aktivisten in Deutschland bedienten sich antisemitischer Methoden und Argumentationsmuster (Ziffer 2 Ihrer Stellungnahme).

Wie kommen Sie zu Ihrem Urteil?

Etwa durch das hochgepushte Ereignis in dem kleinen Seminarraum der Humboldt-Universität, als eine rechtsgerichtete israelische Knessetabgeordnete von BDS-Anhängern durch Zwischenrufe (u. a. „Apartheid“) am Reden gehindert wurde? Das soll "antisemitisch" gewesen sein?¹ Diese zwischenrufenden BDS-Anhänger waren in Berlin lebende israelische Juden. Und ja, es saß eine "Holocaustüberlebende" neben der Knessetabgeordneten, möglicherweise (ich weiß es nicht) mit deren politischer Ansicht sympathisierend. Darf man solche Menschen nicht anschreien? Glauben Sie, ich hätte den spärlichen Teil meiner Verwandtschaft, der die Judenvernichtung überlebt hatte, einschließlich meiner Eltern, als Kind, Jugendlicher und Erwachsener stets nur im Flüsterton angesprochen? War ich also von Kind an Antisemit? Die Bezeichnung dieses Ereignisses als „antisemitisch“ ist Bildzeitungs-Propagandaquatsch. Es handelte sich vielmehr um einen heftigen politischen Disput unter jüdischen Menschen.

Haben Sie den Brief von 240 jüdischen Akademikern an den Deutschen Bundestag zur Kenntnis genommen, in der wir von dieser unsinnigen Klassifizierung der BDS-Bewegung als anti-

¹ So sah es der Landtag Nordrhein-Westfalens in seiner Anti-BDS-Resolution vom 11. 9. 2018 aufgrund der reißerischen Berichterstattung in Verkennung der Tatsachen.

semitisch abrieten? Sind WIR, die wir diesen Brief unterzeichnet haben, die Antisemiten? Und Sie sind diejenigen, die darüber entscheiden, welcher Jude antisemitisch ist und welcher nicht?

Ist Ihnen bekannt, dass u. a. Jewish Voice for Peace, die Organisation, die Zehntausende links-liberale US-amerikanische Juden organisiert, BDS direkt unterstützt? Sind das alles Antisemiten? Ist Ihnen bekannt, dass der traditionalistisch-extreme Rand der jüdischen Orthodoxie Israel als Häresie verflucht und daher boykottiert? Sind diese Zehntausende Satmarer Chassidim Antisemiten? Und Sie sind diejenigen, die darüber entscheiden, welcher Jude antisemitisch ist und welcher nicht? In welche moralischen Höhen fantasieren sich hier in Deutschland die Kinder und Enkel der Nazi-Verbrecher und Mitläufer hinauf? Was findet hier für ein absurder Rollentausch statt?

Ist Ihnen bekannt, dass alle empirischen Befunde zu deutschen Unterstützern der palästinensischen Sache - von moderat bis BDS-radikal - besagen, dass diese von menschenrechtlicher Motivation getragen sind?² Das sollen Antisemiten sein? Meine Eltern wären glücklich gewesen über solche "Antisemiten" - die hätten ihnen nämlich geholfen!

Das kann ich mit voller Überzeugung sagen, aus meiner Kenntnis einer ganzen Reihe von BDS-Unterstützern. Bei manchen, die sich heutzutage als die großen Antisemitenjäger darstellen, wäre ich mir dagegen nicht so sicher; meiner Meinung nach haben viele von diesen eine Mitläufer-Mentalität.

2) Anti-BDS-Proklamationen sind Nebelkerzen zum Schutz des israelischen Unrechts

Es geht doch in Wahrheit gar nicht um eine realitätsnahe Einschätzung von BDS. Vielmehr ist der Sinn des Papiers zwischen den Zeilen, dass es die Praxis kirchlicher Stellen decken soll, die sich abseits menschenrechtlicher Erwägungen für ein enges Verhältnis zu jüdischen Funktioniären einsetzen, auch wenn diese die Orban/Trump/AfD-Politik der israelischen Regierung unterstützen. Beispiele, die sämtlich nichts mit BDS zu tun haben:

- Erfolgreicher Druck der bayrischen und Münchner Kirchenobrigkeit auf den Pfarrer der Erlöserkirche München-Schwabing, Nirit Sommerfeld nicht zur Einführung eines Benefizkonzerts für Gasa zugunsten medico international sprechen zu lassen (30. 9. 2016)
- Stornierung der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing „Nahost-Politik im Spannungsdreieck. Israelisch-palästinensische Friedensgruppen als Lernorte für deutsche Politik“, geplant für den 12.-14. Mai 2017, abgesagt vier Wochen vor dem Termin, aufgrund einer Intervention der Münchner Kirchenobrigkeit
- Verbot des Vortrags von Andreas Zumach „Israels wahre Feinde und Freunde“ am 6. 12. 2018 in Karlsruhe-Durlach durch den Dekan der evangelischen Kirche Karlsruhe
- Ablehnung des Leitungsgremiums des kirchlich-ökumenischen Bildungszentrums sancta clara am 24. 9. 2019, mich als Referenten im Haus zu haben. „Bei umstrittenen Positionen beziehen wir die Zielgruppen, die davon betroffen sind, von Anfang an mit in die Diskussion ein“ schrieb dazu der evangelische Schuldekan

Wo in Ihrer Stellungnahme findet sich eine Kritik solcher Hasenfüßigkeit? Ihre Stellungnahme zeigt mit dem Finger nur auf andere. Das ist zu wenig.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Verleger

² S. insbesondere die große Studie von Wilhelm Kempf: Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee: Eine Spurensuche. Berlin: Regener, 2015

Von: "Hauger, Dr. Martin"

Betreff: AW: Stellungnahme des Rats der EKD zu BDS vom 29. 2. 2020

Datum: 17. April 2020 um 13:00:32 MESZ

An: Rolf Verleger

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Verleger,

vielen Dank für Ihre Schreiben vom März 2020 (als Vorstand des BIP) und vom 27.3.2020. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, hat mich als zuständigen theologischen Referenten im Kirchenamt der EKD gebeten, Anfragen und Schreiben zur Stellungnahme des Rates angesichts der Debatte um die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS) vom 29. Februar 2020 im Auftrag des Rates zu beantworten. Dies tue ich gerne.

Sie kritisieren die Stellungnahme des Rates scharf. Die von Ihnen und anderen vorgebrachten Einwände sind weder neu, noch sind sie dem Rat unbekannt. Der Rat hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit der Frage befasst, wie er mit gegen Israel gerichteten Boykottaufrufen umgehen will. Er hat sich von verschiedener Seite beraten lassen und seine eigene Positionierung mit Blick auf die Bedeutung, die diesem Thema in den Gliedkirchen zugesprochen wird, gründlich diskutiert. Er reagiert auf eine polarisierte und polarisierende Debatte, auf Anfragen und Bitten an die EKD um eine Stellungnahme zu diesem Thema aber auch mit Blick auf seine oekumenische Bedeutung angesichts der kommenden ÖRK-Vollversammlung 2021 in Karlsruhe.

In seiner Stellungnahme, äußert sich der Rat der EKD zu der Frage, warum die Evangelische Kirche in Deutschland gegen Israel gerichtete Boykottaufrufe nicht unterstützt. Hierfür werden verschiedene Gründe genannt:

- Die EKD hält Boykottaufrufe und Boykotte für kein hilfreiches Mittel zur Erreichung einer Friedenslösung. Dies bedeutet jedoch nicht den Abbruch ökumenischer Beziehungen oder das Ende humanitärer Kooperationen in Israel-Palästina.
- Innerhalb der (weltweiten) BDS-Bewegung gibt es keine klare Abgrenzung gegenüber judenfeindlichen Argumentationsmustern und Methoden sowie einseitigen Schuldzuweisungen gegenüber Israel. Es wird jedoch nicht pauschal behauptet, die BDS-Kampagne sei antisemitisch.
- In Deutschland ist das Assoziationsfeld zur NS-Aktion „Kauft nicht bei Juden!“ unvermeidlich. Diese historische Konnotation kann auch durch den Hinweis auf die vorhandenen Unterschiede nicht vermieden werden. Die besondere historische Verantwortung in Deutschland bedeutet keine Relativierung der Menschen- und Völkerrechte.

Die Ablehnung von Israelboykotten und die Entscheidung, diese nicht zu unterstützen, sind kein Angriff auf die Meinungsfreiheit, sondern vielmehr ein Akt ihrer Ausübung. Die Stellungnahme des Rates beinhaltet keine neue Positionierung zum Israel-Palästina-Konflikt. Sie bekräftigt lediglich Positionen, die die Evangelische Kirche bereits seit langem vertritt. Wir verweisen inhaltlich auf die Stellungnahmen der Evangelischen Mittelostkommission (u.a. zum Kairos-Palästina-Papier, zu Israel-Palästina und zum sogenannten israelischen Nationalstaatsgesetz) und des Gemeinsamen Ausschusses Kirche und Judentum der EKD, der UEK und der VELKD (Gelobtes Land. Land und Staat Israel in der Diskussion. Eine Orientierungshilfe [2012]; Broschüre zum Thema Antisemitismus [2017]). Außerdem bekräftigt der Rat seine entschiedene Ablehnung und Bekämpfung aller Formen des Antisemitismus.

Die Vorwürfe, die EKD nehme einseitig Partei für den Staat Israel und dessen aktuelle Politik, sie übergehe die Situation in den besetzten Gebieten und verleugne das Leiden des palästinensischen Volk, sind zurückzuweisen. Das Recht Israel zu kritisieren wird ausdrücklich bekräftigt; innerhalb der Evangelischen Kirche werden unterschiedliche Positionen und Meinungen zu diesem Thema vertreten. Doppelte Solidarität bedeutet nicht gleichgültige Äquidistanz, sondern das entschiedene Eintreten dafür, dass das Existenzrecht Israels und die Rechte des palästinensischen Volkes nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Das Problem eines israelbezogenen Antisemitismus ist wissenschaftlich anerkannt und erforscht. Definitionsschwierigkeiten und die Streitigkeit, wo im Einzelfall genau die Grenze zwischen legitimer Kritik und jüdenfeindlichen Ressentiments verläuft, dürfen nicht dazu dienen, das Problem zu leugnen. Der Rat verweist auf Kriterien, die der Versachlichung dieser Debatte und einer selbstkritischen Prüfung dienen sollen.

Öffentliche Podien werden benutzt, um abweichende Meinungen zu skandalisieren und zu diffamieren. Veranstaltungen müssen abgesagt werden, weil eine sachliche Diskussion öffentlich nicht mehr möglich ist. Mit „Verboten“ und Unterdrückung von Meinungsfreiheit hat dies nichts zu tun.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Martin Hauger

*Oberkirchenrat
Dr. Martin Hauger*

*Referat Glaube und Dialog
Tel.
Fax
Email [hier wegen Datenschutz entfernt R.V.]*

*Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
Kirchenamt
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover*

www.ekd.de

Prof. Dr. Rolf Verleger
Vorsitzender des
Bündnis für Gerechtigkeit zwischen
Israelis und Palästinensern e.V.
verleger@bip-jetzt.de
www.bip-jetzt.de
www.rolf-verleger.de

24. April 2020

Herrn Oberkirchenrat
Dr. Martin Hauger
Referat Glaube und Dialog der EKD
Kirchenamt
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover
Per e-mail: Martin.Hauger@ekd.de

Betr.: Stellungnahme des Rates der EKD zur Debatte um die BDS-Bewegung vom 29. 2. 2020
Bezug: mein Schreiben an den Ratsvorsitzenden vom 27. 3. 2020
Ihr Schreiben vom 17. 4. 2020

Sehr geehrter Herr Dr. Hauger,

der Rat der EKD wird viele Schreiben zu seiner Stellungnahme erhalten haben. Auf all diese haben Sie antworten müssen, zusätzlich zu Ihren sonstigen Tätigkeiten. Wohl um dieser Aufgabe gerecht zu werden, haben Sie an mich den gleichen wohlformulierten Text geschickt wie an andere. Sie konnten vielleicht nur so mit dieser Zusatzbelastung fertig werden.

Auch wenn Sie mir eine Standardantwort schicken, möchte ich nicht als Standardfall abgespeist werden. Daher skizziere ich nochmals die zwei Punkte, um die es mir in meinem Schreiben vom 27.3. ging.

1) BDS wird auch von Juden unterstützt, und noch mehr Juden – zugegebenermaßen eine Minderheit zumindest in Deutschland³ – nehmen gegen die Klassifizierung von BDS als „antisemitisch“ Stellung. Dies führte mich zu den Fragen: „Sie sind diejenigen, die darüber entscheiden, welcher Jude antisemitisch ist und welcher nicht? In welche moralischen Höhen fantasieren sich hier in Deutschland die Kinder und Enkel der Nazi-Verbrecher und Mitläufer hinauf? Was findet hier für ein absurder Rollentausch statt?“

Das hätte die EKD als Aufforderung verstehen sollen, über mögliche Selbstgerechtigkeit nachzudenken. Ein solches Nachdenken vermisse ich nun aber leider auch in Ihrem wohlformulierten Standardtext: Sie gehen mit keinem Wort darauf ein, dass es ein Problem sein könnte, wenn die EKD einigen Juden Antisemitismus unterstellt.

In der Tat schlagen Sie selbst in diese Kerbe, wie folgt.

2) Mein zweites Argument war: Die Kirche verhindert aktiv Veranstaltungen, in denen der menschenrechtliche Aspekt des Israel-Palästina-Konflikts betont wird oder in denen der Dialog gesucht wird – aus Höflichkeit gegenüber von radikalnationalistischer Ideologie dominierten jüdischen Gemeinden. Dazu nannte ich vier Beispiele, eins grotesker und unbegründeter als das andere. Ich äußerte dazu in meinem Schreiben die Vermutung, dass es in dieser „BDS-Stellungnahme“

³ In den USA ist das Bild viel differenzierter, siehe z. B. <https://www.tachles.ch/artikel/news/bds-spaltet-demokraten>

eigentlich gar nicht um BDS gehe. "Vielmehr ist der Sinn des Papiers zwischen den Zeilen, dass es die[se] Praxis kirchlicher Stellen decken soll."

Zu diesem mich sehr bewegenden Problem schreiben Sie nur drei Sätze: „Öffentliche Podien werden benutzt, um abweichende Meinungen zu skandalisieren und zu diffamieren. Veranstaltungen müssen abgesagt werden, weil eine sachliche Diskussion öffentlich nicht mehr möglich ist. Mit ‚Verboten‘ und Unterdrückung von Meinungsfreiheit hat dies nichts zu tun.“

Sie unterstellen also u. a. mir (eines meiner vier Beispiele bezog sich auf mich), ich würde abweichende Meinungen diffamieren, bei Veranstaltungen mit mir sei keine sachliche Diskussion möglich, und daher habe es mit Unterdrückung von Meinungsfreiheit nichts zu tun, wenn mir die Kirche Räume verweigert. (Was sie bisher glücklicherweise nur in Ausnahmefällen getan hat.)

Mal ganz abgesehen vom Wahrheitswert dieser Unterstellungen: Wo sind da bitte die in der BDS-Stellungnahme bemühte „Einfühlungsvermögen und Sensibilität als Basis für einen Dialog, der gegenseitiges Verstehen und Verständigung ermöglicht“? Schöne Worte und nichts dahinter? Sie führen Dialog nur mit von Ihnen als koscher empfundenen Juden? Koscher sind nur solche Juden, die aus der Ermordung des europäischen Judentums die Folgerung gezogen haben „Das darf uns nie mehr passieren“? Nicht koscher sind solche Juden, die daraus die Folgerung gezogen haben „Das darf niemandem mehr passieren“? Bei letzterer Gruppe ist „Einfühlungsvermögen und Sensibilität“ egal? Uns dürfen Sie ungehemmt einfach mal eben Missbrauch der Meinungsfreiheit vorwerfen?

Was sagt eigentlich der Rat der EKD als Ihr Auftraggeber dazu? Da Sie vom Rat der EKD mit dieser Aufgabe betraut wurden, erlebe ich Ihre Standardzeilen auf diese zwei mich bewegenden Fragen so, dass es nicht hauptsächlich Sie sind, der den Dialog verweigert, - sie erfüllen nur Ihre Vorgaben - , sondern Ihr Auftraggeber: der Rat der EKD.

Mir stellt sich die Frage, wie weit der Rat der EKD bei dieser Unterteilung in koschere Juden, deren Nationalismus man mit „Einfühlungsvermögen und Sensibilität“ toleriert, und trejfene Juden, deren menschenrechtliche Orientierung man in die Nähe von Antisemitismus rückt, noch gehen wird. Ich rate Ihnen dringend zu einer Kursänderung.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Verleger